

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

(20. Ausschuss)

16. Juni 2003

Protokoll Nr. 15

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Protokoll

der 15. Sitzung

des Ausschusses für die

Angelegenheiten der Europäischen Union

am Mittwoch, dem 2. April 2003,

um 14:40 Uhr im Europasaal (PLH 4.900)

Vorsitz: Abg. Matthias Wissmann

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Tagesordnung.....	3
Anwesenheitslisten.....	4
TOP 1 Zusammentreffen mit den Mitgliedern des Europaausschusses des niederländischen Parlaments.....	8
TOP 2 <i>zusammen aufgerufen mit</i> Unterrichtung durch die Bundesregierung und die Vertreter des Deutschen Bundestages im Europäischen Konvent, Herrn Prof. Dr. Jürgen Meyer und Abg. Peter Altmaier, zur außerordentlichen Konventsitzung vom 26.03.2003 sowie Vorabunterrichtung zum Konventplenium am 03./04.04.2003	

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 24.03.2003

Tel.: 30332 (Sitzungssaal)
Fax: 36332 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Die 15. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Mittwoch, dem 02.04.2003, 14:30 - 16:30 Uhr
Sitzungsort: Europasaal (PLH Saal 4.900)

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung

1. Zusammentreffen mit den Mitgliedern des Europaausschusses des niederländischen Parlaments
2. Unterrichtung durch die Bundesregierung und die Vertreter des Deutschen Bundestages im Europäischen Konvent, Herrn Prof. Dr. Jürgen Meyer und Abg. Peter Altmaier, zur außerordentlichen Konventsitzung vom 26.03.2003 sowie Vorabunterrichtung zum Konventplenum am 03./04.04.2003

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender

- TOP 1** **Zusammentreffen mit den Mitgliedern des Europaausschusses des niederländischen Parlaments**
zusammen aufgerufen mit
- TOP 2** **Unterrichtung durch die Bundesregierung und die Vertreter des Deutschen Bundestages im Europäischen Konvent, Herrn Prof. Dr. Jürgen Meyer und Abg. Peter Altmaier, zur außerordentlichen Konventsitzung vom 26.03.2003 sowie Vorabunterrichtung zum Konventplenum am 03./04.04.2003**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Delegation des Niederländischen Parlaments, die aus Mitgliedern des dortigen Europaausschusses, aber auch aus anderen Ausschüssen, besteht und von der Vorsitzenden des niederländischen Europaausschusses, Sharon Dijksma geleitet wird. Er gratuliert der Vorsitzenden zu ihrer vor kurzem erfolgten Wahl und bemerkt, dass auch er selbst noch nicht so lange in diesem Amt sei. Vor ihnen beiden liege nun die gemeinsame, faszinierende Aufgabe, der Europäischen Union in einem entscheidenden Jahr der Erweiterung und Vertiefung neue Impulse, neue Inspirationen und auch Wege aus der Krise der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu weisen.

Deshalb freue er sich sehr, dass die niederländischen Kollegen so zahlreich der Einladung des deutschen Europaausschusses gefolgt seien. Man sehe darin eine Wertschätzung der niederländisch-deutschen Zusammenarbeit, die auch auf Regierungsebene große Bedeutung habe. Er freue sich, dass auch Botschafter van Dam an dieser Sitzung teilnehme.

Die Niederlande und Deutschland seien Gründungsmitglieder der Europäischen Union und ihr Ziel müsse sein, in diesem Jahr 2003 wiederum Römische Verträge mit einem nach vorn weisenden Impuls zu bekommen. Hierzu gehöre die Schaffung eines europäischen Außenministers und eines Gerüstes, das die Entscheidungen der Europäischen Union transparenter, demokratisch kontrollierter und effizienter mache. Es gehe darum, neue Wege zu beschreiten, die eine Union der 25 Mitgliedstaaten führungsfähig machten. Mit dem heutigen Treffen greife man die Anregung der beiden Parlamentspräsidenten auf, gemeinsame Beratungen beider Parlamente über Konventsthemen durchzuführen.

Man freue sich, dass Konventsmitglieder beider Staaten anwesend seien. Auf der deutschen Seite sei auch die Bundesregierung vertreten und zwar durch Staatsminister Bury, einem stellvertretenden Konventsmitglied und ständigen Gast im Ausschuss. Sie alle teilten sicher das Gespür, dass das Jahr 2003 mit den Entscheidungen über die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Union eine historische Chance sei, die man nicht verpassen dürfe. Im Europaausschuss des Deutschen Bundestages herrsche Konsens darüber, dass die Konventsarbeiten noch in diesem Sommer beendet sein müssten. Die Neuordnung der Verfassung dürfe nicht auf das nächste Jahr verschoben werden, sondern müsse noch in diesem Jahr unter italienischer Präsidentschaft mit neuen Römischen Verträgen abgeschlossen

werden. Wer das aus der gegenwärtigen Krise entstehende Momentum nicht zu nutzen wisse verfehle eine historische Chance.

Als Gründungsmitglieder der Europäischen Union hätten die Niederlande und Deutschland den gemeinsamen Auftrag, die Union zusammen voran zu bringen. Soweit er sehe, gebe es viele Gemeinsamkeiten in den deutschen und den niederländischen Positionen. Man sei integrationsorientiert und wisse, dass die europäische Einigung ein Axiom der gemeinsamen Politik sei und das auch bleiben müsse. Zugleich wisse man, dass daneben auch die transatlantische Partnerschaft ein weiteres wesentliches Kriterium der Außen- und Sicherheitspolitik sei.

Man habe für die heutigen Beratungen vereinbart, sich vor allem dem Thema der Subsidiarität und der Rolle der Parlamente der Mitgliedstaaten im künftigen europäischen Prozess zuzuwenden. Außerdem werde man sich mit der deutsch-französischen Initiative zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschäftigen und mit einer Reihe von institutionellen Fragen vom europäischen Außenminister bis zum Ratspräsidenten und Kommissionspräsidenten. Des Weiteren werde man über die Aufnahme der Charta der Grundrechte in die Verfassung und ähnliche Fragen sprechen, bei denen es sicherlich viele Gemeinsamkeiten gebe. Schließlich spreche einiges dafür, sich der Frage zuzuwenden, welche sicherheitspolitischen Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Monate zu ziehen seien. Er denke dabei an die Initiative des belgischen Ministerpräsidenten Verhofstadt.

Ohne die deutsche Seite festzulegen, scheine ihm ein Konsens in Deutschland darüber zu bestehen, alles zu unterstützen, was die europäische Sache stärke. Alles was einen weiteren Spalt in die europäische Sache treibe, müsse dagegen mit einer gewissen Zurückhaltung gesehen werden. Er glaube, dass es sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland über die Parteigrenzen hinweg eine tiefe Sorge gebe und Einigkeit darüber, dass man den Riss, den es in der Europäischen Union in den letzten Monaten gegeben habe, auf keinen Fall vertiefen dürfe. Vielmehr müsse man auch bei gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Initiativen alle Anstrengungen unternehmen, den Riss zu kitten und eines Tages durch eine mutige Politik zu überwinden.

Der Vorsitzende dankt der Kollegin Dijkma nochmals herzlich, dass sie mit einer so großen Anzahl von Kollegen und Kolleginnen gekommen sei. Der Besuch sei auch in dieser Größenordnung, mit einer praktisch vollzähligen Präsenz beider Ausschüsse, eine Premiere: Bislang habe man in diesem Saal an der Spree noch keinen kompletten Ausschuss eines europäischen Landes zu Gast gehabt. Man freue sich über das Interesse der niederländischen Kollegen an Berlin und am Reichstag und begrüße es, wenn Gründungsmitglieder wie die Niederlande und Deutschland mit ihren Europaausschüssen und anderen Kollegen in diesem Saal eine Premiere feierten. Dies werde der Bedeutung der niederländisch-deutschen Freundschaft gerecht und sei Anlass zur Freude.

Zum Ablauf der Sitzung regt der Vorsitzende eine gemeinsame, partnerschaftliche Sitzungsleitung an. Man habe vereinbart, zunächst jeweils abwechselnd die deutschen und niederländischen Konventsmitglieder um eine knappe Einleitung zu bitten, danach die Vertreter der Fraktionen zu Wort kommen zu lassen und anschließend in eine offene Diskussion einzutreten.

Damit gibt er das Wort der Vorsitzenden des niederländischen Europaausschusses.

Abg. Sharon Dijksma (NL) bedankt sich beim Vorsitzenden und kündigt an, dass sich die niederländischen Kollegen, obwohl sie gut Deutsch verstünden, auf Niederländisch äußern würden. Auch sie fahre jetzt auf Holländisch fort.

Der niederländische Ausschuss bedanke sich bei Herrn Wissmann für den schönen Empfang und fühle sich geehrt, als erster ausländischer Ausschuss für Europaangelegenheiten hier eine gemeinsame Sitzung mit den deutschen Kollegen abhalten zu können. Es sei wünschenswert, diese Arbeitsweise in der Zukunft fortzusetzen. Sie habe daher schon während des gemeinsamen Mittagessens im Namen des Ausschusses und der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments eine Einladung an den Europaausschuss des Deutschen Bundestages ausgesprochen, das niederländische Parlament zu besuchen. Es sei wichtig, diese Gespräche in der Zukunft fortzusetzen, um die Themen, die im Konvent besprochen werden, und die vielen Fragen, die noch bewältigt werden müssten, weiter zu vertiefen.

Beide Seiten seien sich einig darin, dass man weiter an einem starken und demokratischen Europa arbeiten müsse. Der Vorsitzende habe hierzu bereits einige Punkte angesprochen, auch die Krise, in der sich die Europäische Union im Moment befinde. Auch sie glaube, dass man ein gemeinsames Interesse daran habe, so schnell wie möglich aus dieser Krise herauszukommen, um danach wieder gemeinsame Zukunftspläne verfolgen zu können. Man habe in Europa eine Basis für eine gemeinsame Zukunft, gerade auch für künftige Generationen.

Die Vorsitzende begrüßt, dass auch Regierungsvertreter anwesend seien, mit denen man in eine Diskussion treten könne. Diese für die niederländische Seite neue Idee werde man vielleicht bei der Fortsetzung der Beratungen in den Niederlanden wieder aufgreifen.

Der **Vorsitzende** entgegnet, auch die deutsche Seite wolle die Zusammenarbeit nach dieser Sitzung weiterführen. Man wolle keine „Eintagsfliegen“ produzieren, sondern langfristig zusammenarbeiten. Er schlägt vor, zunächst Herrn Timmermans, dem niederländischen Vertreter der Zweiten Kammer im Konvent das Wort zu erteilen, danach Staatsminister Bury und anschließend dem niederländischen Kollegen van Dijk, stellvertretendes Mitglied im Konvent für die Zweite Kammer.

Abg. Frans Timmermans (NL) bedankt sich für die große Ehre, hier sprechen zu dürfen, und dabei seine Muttersprache benutzen zu können. Es werde vier Punkte ansprechen: Erstens die Bedeutung des Konvents, zweitens die Diskussion über den Vorsitz des Rates, drittens die Mehrheitsentscheidungsfindung und letztendlich die Art und Weise, wie man die Bevölkerung in die weitere Diskussion über Europa einbeziehen könne.

Was die Wichtigkeit des Konvents angehe: Für die Zweite Kammer in den Niederlanden sei der Konvent immer wichtiger geworden. Man sei der Meinung, dass die Entscheidung über den zukünftigen Verfassungsvertrag durch diesen Konvent getroffen werden müsse. Die Regierungskonferenz, die nach dem Konvent abgehalten werde, wolle er relativieren: Die ganz wichtigen Debatten müsse der Konvent führen. Daher müsse man sich dafür einsetzen, dass die Diskussionen innerhalb des Konvents stattfinden, und nicht in zusätzlichen Europäischen Räten oder über andere Mechanismen. Auch schwierige Fragen dürften nicht irgendwie hinter dem Rücken des Konvents auf eine andere Art und Weise geregelt werden. Die Volksvertreter im Konvent dürften nicht durch andere Prozeduren in den europäischen Prozessen übergangen werden. Hier sei er auch an der Meinung von Staatsminister Bury interessiert.

Der zweite Punkt sei der Vorsitz des Rates. Es sei allen klar, dass das heutige System der sechsmonatigen Ablösung der Präsidentschaft bei 25 und mehr Mitgliedstaaten nicht mehr realisierbar sei. Aber welche Alternativen habe man? In ganz Europa finde der Gedanke immer mehr Unterstützung, einen festen Vorsitzenden des Europäischen Rates einzusetzen. Die Niederlande hätten jedoch einige Schwierigkeiten mit einer Reihe von Punkten des französisch-deutschen Memorandums. Andererseits entwickle sich die Diskussion sehr gut, Prof. Meyer und er seien sich in vielen Punkten einig. Er begrüße den Gedanken, im Rat ein Präsidium einzurichten, in dem die verschiedenen Mitgliedstaaten auf gleichwertige Art und Weise vertreten seien. Dies sei eine gute Basis für die weitere Arbeit des Konventspräsidenten. Er interessiere sich sehr für die Meinung der deutschen Seite dazu und verweise für die niederländische Regierung auf das bereits veröffentlichte Benelux-Memorandum.

Drittens sei es von größter Wichtigkeit, das Initiativrecht der Kommission vollständig zu erhalten und wenn möglich auch auszuweiten. Andernfalls sei das institutionelle Gleichgewicht gefährdet. Deshalb sei es auch wichtig, die Notwendigkeit von Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen zu betonen. Die generelle Mehrheitsentscheidung sei einer der wichtigsten Aspekte, die die Niederlande und Deutschland gemeinsam nach vorn bringen müssten.

Viertens müsse man darüber nachdenken, was die Niederlande und Deutschland vielleicht gemeinsam dafür tun könnten, die Bürger für den sehr komplexen Verfassungsvertrag zu interessieren und sie am Zustandekommen der endgültigen Fassung zu beteiligen. Wahrscheinlich sei es eher möglich, das Interesse der Bürger zu wecken, wenn der Vertrag erst

einmal auf dem Tisch liege. Man könne den Bürgern zum Beispiel in Verbindung mit den europäischen Wahlen 2004 die Frage vorlegen, ob sie den Vertrag wollen oder nicht. Auch hier interessiere ihn, was man in Deutschland von dieser Frage halte.

StM Hans Martin Bury (AA) betont, auch er begrüße diese gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse. Die Tatsache, dass man in so starker Zusammensetzung tage, unterstreiche nicht nur die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen, sondern auch das gemeinsame Engagement für die europäische Sache.

Er stimme mit dem Vorsitzenden darin überein, dass man die momentane Krise der Europäischen Union nutzen müsse, um das gemeinsame Interesse an einer Vertiefung voran zu bringen. In der Geschichte der Europäischen Union habe es immer wieder solcher produktiver Krisen bedurft, um dann entscheidende Fortschritte zu erzielen. Mit dem Konvent habe man jetzt eine große Chance. Die Konsequenz aus den gegenwärtigen Ereignissen könne nicht „weniger Europa“, sondern müsse „mehr Europa“ heißen, mehr Fortschritt bei der Integration. Der Konvent biete die Möglichkeit, die Institutionen handlungsfähiger zu machen und einen institutionellen Rahmen zu entwickeln, in dem sich in der Zukunft eine gemeinsame europäische Willensbildung vollziehen könne und müsse. Das sei sicherlich ein langer Prozess und der entsprechende politische Wille gehöre selbstverständlich dazu, aber ein gemeinsamer Rahmen könne die Voraussetzungen für diesen Prozess deutlich verbessern.

Auch stimme er der Ansicht von Herrn Timmermans und dem Vorsitzenden zu, dass man das Momentum des Konventsprozesses nutzen müsse. Seiner Überzeugung nach sei es möglich, den Zeitplan für die Beratungen des Konvents einzuhalten. Wenn man intensiv weiter arbeite und sich nicht in technische Einzelheiten verliere, sondern sich auf die Fragen politischer Substanz konzentriere, könne man bis zum Sommer fertig sein. Dann sollte sich unmittelbar eine kurze Regierungskonferenz anschließen, mit dem von Herrn Wissmann genannten Ziel, zum Ende des Jahres zum Europäischen Rat in Rom abzuschließen.

Das Ergebnis des Konvents sei als Ganzes zur Grundlage der Beratung der Regierungskonferenz zu nehmen. Das Gesamtpaket dürfe nicht nach dem Prinzip „pick-and-choose“ wieder aufgeschnürt werden, indem man Einzelheiten herausgreife, anderes aber wieder in Frage stelle. Vielmehr sei jetzt die Zeit für die Debatte in den Parlamenten, in den Regierungen und für die öffentliche Debatte. Sitzungen wie die heutige zeigten, dass man diese Möglichkeit intensiv nutze.

Zu den angesprochenen institutionellen Fragen betont der Staatsminister, die Union der Fünfzehn stoße schon heute an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit, auch hinsichtlich ihrer demokratischen Legitimation, Transparenz und Bürgernähe. In einer erweiterten Union der Fünfundzwanzig werde man mit den heutigen Institutionen, Instrumenten und Verfahren nicht mehr weiter kommen. Deshalb müsse man im Konvent die Voraussetzungen dafür schaffen,

dass die Europäische Union in Zukunft handlungsfähig, transparent, demokratisch legitimiert, bürgernah und effizient werde. Richtig sei, die Balance im institutionellen Dreieck nicht zu verändern. Ziel müsse sein, die europäischen Institutionen und damit Europa insgesamt zu stärken.

Dabei sei es wichtig, und unter diesem Aspekt sei auch der Vorschlag eines gewählten hauptamtlichen Vorsitzenden des Europäischen Rates zu betrachten, mehr Kontinuität und mehr Effizienz in der Arbeit des Rates zu erreichen. Im Sinne der Balance im institutionellen Dreieck sei es ebenso wichtig, das Parlament zu stärken. Man sei sich einig über die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und über die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament. Dies stärke zum einen die Kommission gegenüber ihrer heutigen Position. Zum anderen gebe man den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, über die Europawahl mehr Einfluss auf die europäischen Institutionen auszuüben. Damit erhöhe sich hoffentlich auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an diesen Wahlen.

Hinsichtlich der Ratspräsidentschaft sei es denkbar, dem Prinzip der Kontinuität durch einen gewählten Vorsitzenden Rechnung zu tragen, in anderen Ratsformationen aber durchaus am Rotationsprinzip fest zu halten. Dadurch könne man das Interesse verschiedener Mitgliedstaaten an einer Sichtbarkeit auf der Unionsebene mit dem Wunsch und der Notwendigkeit nach mehr Kontinuität und Effizienz verbinden.

Er begrüße die Übereinstimmungen bei dem unter aktuellen Gesichtspunkten besonders wichtigen Wunsch nach mehr Kohärenz in der Außen- und Sicherheitspolitik, nach einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im wahrsten Sinne des Wortes. Um Europa ein Gesicht in der Welt zu geben, gehöre dazu sicherlich die Schaffung eines europäischen Außenministers. Dieser müsse zugleich die Funktionen des heutigen Hohen Repräsentanten auf der Ratsseite und des Außenkommissars auf der Kommissionsseite wahrnehmen. Damit dieser europäische Außenminister mit einer Stimme für Europa sprechen könne, werde man auch im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Prinzip der Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit kommen müssen. Ausnahmen könne es nur geben, wenn es unmittelbar um militärische Einsätze gehe.

In einem Punkt, der wohl allen in Deutschland am Herzen liege, sei man sich im Konvent noch nicht einig, nämlich der Aufnahme des vollständigen Textes der Grundrechtecharta am Anfang der Europäischen Verfassung. Man habe eine Initiative im Konvent gestartet, die von über 100 Mitgliedern unterstützt worden sei. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten bei der Lektüre einer neuen Verfassung zu Recht, nicht nur Bestimmungen über Institutionen und Verfahren zu finden, sondern gleich zu Anfang auch ihre Rechte und ihre Freiheiten. Auf diese Weise werde auch die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dieser Europäischen Union gestärkt. Man werde dem Charakter der EU und dem Wesen einer Verfassung nicht gerecht, wenn man den Text der Grundrechtecharta in einem Anhang oder

in einem Protokoll verstecke. Dies sei nicht eine Frage der rechtlichen Wirkung. Vielmehr gehe es darum, deutlich zu machen, dass es sich bei dieser Europäischen Union sowohl um eine Union der Staaten als auch um eine Union der Bürgerinnen und Bürger handle. Er hoffe, dass man im Zuge der gemeinsamen Beratungen auch an diesem Punkt noch zueinander kommen und diesen Gedanken miteinander fördern könne.

Der **Vorsitzende** ergänzt zu dem letzten Punkt, dass im Europaausschuss des Deutschen Bundestages aus genau den angesprochenen Gründen Konsens darüber bestehe, dass die Grundrechtecharta an den Anfang der Verfassung gehöre. Aus den Beratungen der letzten Monate habe er außerdem den Eindruck gewonnen, dass noch einiges an Arbeit zu leisten sei, um eine Verfassung zu formulieren, die auch in der Sprache so nahe wie möglich an dem nicht juristisch gebildeten Bürger sei. Die Verfassung dürfe sich dem Bürger nicht in einer Technokraten- und Bürokratiesprache präsentieren.

Abg. Jan Jacob van Dijk (NL) dankt für die große Ehre, als Abgeordneter und Mitglied des Konventes zum ersten Mal im Europaausschuss des deutschen Parlamentes das Wort zu erhalten.

Hinsichtlich der Rolle des Europäischen Konventes unterstütze er die Ansicht des Staatsministers: Wenn der Europäische Konvent mit großem Konsens bestimmte Ergebnisse erzielt habe, so sei es nicht notwendig, dass eine Regierungskonferenz noch einmal über dieselben Themen verhandle. In diesen Punkten sei es ganz wichtig, dass sich die Regierungskonferenz zurück halte und das akzeptiere, was der Konvent niedergeschrieben habe. Zur Position des Rates wolle er aufgreifen, was Herr Timmermans gesagt habe: Der Rat habe eine Diskussion angefangen. Man müsse aber beachten, dass dies die Gespräche der anderen Institutionen beeinflussen könne. Hierüber mache man sich Sorgen und wolle gern wissen, wie der Deutsche Bundestag darüber denke. Hinsichtlich der Stellung der Europäischen Kommission müsse man berücksichtigen, dass sie in den letzten Jahren vieles erreicht habe. Sie habe eine sehr wichtige, ausschlaggebende Rolle gespielt, weil dort bestimmte Themen auf eine entpolitisierte Weise diskutiert worden seien. Die Frage sei, ob dies heutzutage überhaupt noch möglich sei. Vielleicht müsse das politische Mandat der Europäischen Kommission viel größer sein. Deswegen unterstütze man den Vorschlag, dass der Vorsitzende der Europäischen Kommission vom Europäischen Parlament gewählt werden würde, frage sich aber, ob das ausreiche, um das politische Mandat für die Kommission zu verstärken.

In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik befinde man sich in der Tat in einer kritischen Situation. Als Historiker sei ihm klar, dass viele Mitgliedstaaten lange, oft sehr gegensätzliche Traditionen im Bereich der Außenpolitik hätten. Man könne nicht sicher sein, ob es in einer Zeit von zehn bis zwölf Jahren gelingen werde, eine wirkliche Gemeinsame

Außen- und Sicherheitspolitik zustande zu bringen. Man frage sich, ob man dieses Problem mit einer anderen Struktur für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik lösen könne, oder ob es nicht besser wäre, andere Verhaltenselemente zu regeln. Vielleicht müssten andere Kulturelemente mit einbezogen werden, so dass auch im Bereich der Außenpolitik eine andere Kultur entstehen könne. Man möge ihn richtig verstehen, auch er sei der Meinung, dass es zu einer neuen Struktur und Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheiten kommen müsse. Aber man dürfe nicht denken, dass man eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Handumdrehen erreichen könne.

Im Bereich Justiz und Innere Angelegenheiten sei man der Ansicht, dass die europäische Exekutive das Initiativrecht für alle diese Angelegenheiten bekommen solle. Man frage sich allerdings, ob das zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon der richtige Schritt sei. Im Präsidium habe man über verschiedene Vorschläge des Konventes beraten, zum Beispiel, für das Initiativrecht der Mitgliedstaaten eine gewisse Schwelle einzusetzen. Die meisten Mitgliedstaaten stünden dem sehr positiv gegenüber. Man frage sich aber, ob es realistisch sei, diese Entscheidung bereits jetzt zu erreichen. Man trete jedenfalls für Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit ein.

Prof. Dr. Jürgen Meyer (EK) stellt an den Anfang seiner Ausführungen ein Wort des Dankes an die Kolleginnen und Kollegen im niederländischen Parlament, insbesondere an ihre Vertreter im Konvent. Er selbst habe bereits dem ersten Konvent angehört - die Zusammenarbeit mit den Delegierten des niederländischen Parlaments, in diesem Konvent insbesondere mit Frans Timmermans, sei immer hervorragend gewesen. Man habe sich selten im Einzelnen abstimmen können, aber wenn einer vor dem anderen gesprochen habe, habe der andere festgestellt, dass er im wesentlichen zustimmen könne. Das habe Herr van Dijk bereits erwähnt und es sei kein Zufall, denn beide - er nehme an, das gelte auch für beide Parlamente - wollten nicht nur, wie Herr Bury eben gesagt habe, „mehr Europa“, sondern man wolle dieses auch in der Form von mehr Integration.

Wenn man zwei Grundströmungen im Konvent unterscheide, nämlich diejenige, die mehr intergouvernementale Prozeduren wollten und diejenige, welche mehr Wert auf die Gemeinschaftsmethode legten, dann gehöre man gemeinsam zu der zweiten Gruppe - die glücklicherweise eine Mehrheit im Konvent sei.

Aus diesem Grund stimme er den Anmerkungen, die Herr Timmermans eingangs gemacht habe, ausdrücklich zu. Er wolle lediglich hinzufügen, dass man hinsichtlich der Entscheidungsverfahren vor einer neuen Situation stehe. In einem Europa der 15 Mitgliedstaaten sei Einstimmigkeit immer noch einfacher zu erreichen gewesen als im künftigen Europa mit 25 und demnächst 27 Mitgliedstaaten. Wer in bestimmten Fragen Einstimmigkeit im Rat verlange, müsse sich sehr genau überlegen, ob er damit Entscheidungen und Fortschritte

überhaupt verhindern wolle. Jedes Land, und sei es eines mit weniger als 0,1 Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung, könne dann Bedenken äußern, die jeden Fortschritt hemmen würden. Er trete dafür ein, jedes Einstimmigkeitserfordernis - wenn es um sehr sensible Fragen gehe - durch eine "superqualifizierte" Mehrheit von 75 Prozent der vertretenen Länder und der durch diese repräsentierten Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zu ersetzen. Das gelte, darauf habe Herr Bury schon überzeugend hingewiesen, auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Aus den schlimmen Erfahrungen der letzten Monate, dem Auseinanderfallen der Stimmen in Europa und der dadurch entstandenen geringeren Wirkung - um es höflich zu formulieren - der europäischen Meinung müsse man lernen. Es müsse versucht werden - das liege auf der Linie des französischen Vorschlages -, in den strategischen Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine gemeinsame Meinung zu entwickeln. Wenn das nicht gelinge, dann müsse eben mehrheitlich entschieden werden. Diese Mehrheitsmeinung sollte dann vom dem künftigen Außenminister der Europäischen Union vertreten werden.

Gemeinsam - er könne die Gemeinsamkeiten hier gar nicht aufzählen - seien Frans Timmermans und er für eine Stärkung der Kommission eingetreten. Das bedeute nicht nur die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament und das Initiativrecht der Kommission sondern auch, dass der Kommissionspräsident eine Richtlinienbefugnis gegenüber den Kommissaren und dass diese ein Weisungsrecht gegenüber den Generaldirektoren erhielten. Dies alles müsse man zusammen als das Bild einer gestärkten Kommission sehen. Man wolle auch, dass das Europäische Parlament stärker werde, zum Beispiel durch ein volles Haushaltsrecht. Das Europäische Parlament müsse künftig über den gesamten Haushalt entscheiden, einschließlich der Ausgaben für die Landwirtschaft, die mehr als 40 Prozent des Budgets ausmachten.

Er begrüße, dass sich hinsichtlich der Präsidentschaft im Rat ein Kompromiss anbahne, einer Frage, in der es in der Vergangenheit einen Dissens nicht nur zwischen den Delegierten aus der Bundesrepublik und aus den Niederlanden, sondern auch vielen anderen gegeben habe. Offenbar entwickle sich im Konvent eine Mehrheit für die Erkenntnis, dass das bisherige Rotationsverfahren nicht fortgesetzt werden könne. Ein Europäischer Rat mit demnächst 25 Regierungs- oder Staatschefs, 25 Außenministern, dem Kommissionspräsidenten und seinen Stellvertretern, also 52 Personen, sei kein handlungsfähiges Gremium mehr. Eine Rotation bei 27 Mitgliedstaaten bedeute, dass jeder alle 13 ½ Jahre für gerade sechs Monate an der Reihe sei - das habe mit Kontinuität nichts zu tun. Die Rotation habe aber ihre Vorteile. Es habe hervorragende Präsidentschaften, gerade kleinerer Länder, gegeben und kreative Anstöße. Zuletzt habe die dänische Präsidentschaft große Fortschritten im Erweiterungsprozess erzielt. Außerdem sei der Grundsatz der Gleichbehandlung der Länder in der Europäischen Union zu beachten. Nie dürfe der Eindruck entstehen, dass die Größeren die Kleineren über den Tisch

ziehen. Deshalb begrüße er die Kombination der Idee eines für 2 ½ Jahre, mit der Möglichkeit der Wiederwahl, amtierenden Präsidenten mit dem Gedanken der Rotation: Man werde ein Präsidium schaffen oder einen Präsidenten mit rotierenden Vizepräsidenten, die jeweils aus großen, mittleren und kleineren Ländern kommen. Dadurch könne man die Vorteile der Rotation in der Spitze beibehalten. Er hoffe und sei überzeugt, dass das konsensfähig sei.

Staatsminister Bury habe in voller Übereinstimmung mit den anderen deutschen Delegierten betont, man werde und wolle die Arbeit bis Ende Juni abschließen. Das sei die gemeinsame Position mit Frans Timmermans und das habe man auch so im Konvent vorgetragen. In der Frage, welche Aufgabe dann der Europäische Rat habe, rate er, auch nach den Erfahrungen des ersten Konvents, zu Gelassenheit. Die List der Konvents Idee sei, dass dort auch die Regierungen durch ihre Delegierten vertreten seien. Kein Regierungschef werde nachher sagen, dass das, was sein Vertreter dort im Konsens vereinbart habe, Unsinn sei, den er nicht unterzeichnen könne. Deswegen vertraue er darauf, dass das, was man als Konsens vorlege, auch Verfassung werde und sei deshalb optimistisch.

Abg. Peter Altmaier (CDU/CSU) kündigt an, er werde vier Punkte auf Niederländisch vortragen. Zum ersten bestehe ein Meinungsunterschied über die Europäische Charta der Grundrechte. Offenbar seien die Abgeordneten der Ersten und der Zweiten Kammer der Niederlande besorgt, dass die Rolle des Europarates durch den Europäischen Konvent geschwächt werde. Er glaube, man könne dieses Missverständnis durch einen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtserklärung vermeiden. Er stimme mit seinen deutschen Kollegen darin überein, dass der Mensch im Mittelpunkt der Verfassung für Europa stehe. Am Anfang einer Verfassung müssten daher die Grundrechte und der Schutz des Menschen stehen.

Hinsichtlich der Außen- und Verteidigungspolitik verstehe er sehr gut, was Jan Jacob van Dijk in Hinblick auf die unterschiedlichen Kulturen gesagt habe. Unterschiede in den Kulturen spiegelten sich auch in der Verschiedenheit in der Außen- und Sicherheitspolitik wider. Dies zeige sich z.B. wenn es um Surinam gehe, um Niederländisch-Indien, das frühere Deutsch-Ostafrika oder das frankophone Afrika. Wenn es aber um die großen internationalen Konflikte und Themen gehe, müsse man sich darüber im Klaren sein, dass man entweder gemeinsam auftreten müsse oder überhaupt keinen Einfluss mehr ausüben könne. In der Vergangenheit habe man oft festgestellt, dass die Einstimmigkeit ein Hindernis für die Entstehung einer gemeinsamen europäischen Position war. Oder eine gemeinsame Position sei so spät formuliert worden, dass die Vereinigten Staaten, Russland oder andere Teile der Welt bereits Übereinstimmungen erzielt hätten.

Man müsse sich darüber unterhalten, wie man auf vorsichtige Art und Weise auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eine gemeinsame Basis finden könne. Das Problem in der

gegenwärtigen Krise sei, dass einzelne Mitgliedstaaten bereits einen unilateralen Standpunkt eingenommen hätten, bevor die Europäische Union überhaupt die Gelegenheit gehabt habe, eine Diskussion zu führen und einen gemeinsamen Standpunkt zu formulieren. Man müsse in der neuen Verfassung deshalb jeden Mitgliedstaat verpflichten, alle internationalen Fragen zunächst dem Europäischen Ministerrat vorzulegen, bevor er einen unilateralen nationalen Standpunkt formuliere. Dadurch könne man zwar nicht ausschließen, dass diese unilateralen Standpunkte entstünden, wohl aber vermeiden, dass sie zu schnell an die Öffentlichkeit getragen würden.

Hinsichtlich des Vorsitzes in der Kommission und im Rat stimme er dem zu, was Herr Timmermans gesagt habe, sei aber von dem Gedanken eines Präsidiums noch nicht ganz überzeugt. Er vermute, dass die Effizienz eines solchen Vorschlages noch nicht so richtig klar sei. Wichtig sei aber auf jeden Fall, dass der Vorsitzende des Europäischen Rates keine zusätzlichen Befugnisse bekomme und dass man keine zusätzliche administrative Ebene einfüge. Trotzdem sei wichtig, über einen permanenten Vorsitzenden zu diskutieren.

Außerdem sei es sehr wichtig, dass der Vorsitzende der Kommission vom Europäischen Parlament gewählt werde, denn das heutige Problem der Demokratie in Europa sei gerade, dass der Bürger keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen habe, die in Brüssel getroffen werden. In den Niederlanden und Deutschland wähle man mit den Parlamentswahlen zugleich eine nationale Regierung. Das sei in Europa bisher noch nicht der Fall. Deshalb seien viele Bürger davon überzeugt, dass sie keinen Einfluss hätten auf das, was in Brüssel passiert. Dies führe zu Euro-Skepsis, dagegen müsse man etwas tun. Deswegen sei es eine richtige Entscheidung, wenn der Bürger in Zukunft den Vorsitzenden der Europäischen Kommission wählen dürfe.

Auch stimme er mit Frans Timmermans darin überein, dass künftig in jedem Fall Entscheidungen mit qualifizierten Mehrheiten getroffen werden könnten. Die deutsche Position stelle eine Verbindung her zwischen Mehrheitsentscheidungen und einer besseren Abgrenzung der Kompetenzen. Viele sagten, das sei sehr deutsch und stoße auf Unverständnis außerhalb der deutschen Grenzen. Es sei aber klar, dass der Übergang von Einstimmigkeit auf ein System qualifizierter Mehrheitsentscheidungen bei unklaren Kompetenzabgrenzungen dazu führen könne, dass Europa in Zukunft über alles entscheide und immer mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden müssten. Am Ende stelle man sich die Frage, was noch als nationale Kompetenz und Befugnis übrig bleibe. Könne man in Europa überhaupt noch über ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch sprechen? Das sei sicher für den einen oder anderen sehr wünschenswert, für andere aber nicht. Man brauche also ein deutliches, klares System, das schon in den ersten sechs bis zehn Artikeln Klarheit schaffe, wie die Kompetenzen genau abgegrenzt seien. Auf diese Art und Weise werde es auch viel einfacher, eine Übereinstimmung im Meinungsbildungsprozess zu erreichen.

Schließlich sei ganz wichtig, dass man trotz der heutigen Krise ohne eine Überschreitung des Mandates bis Ende Juni einen vollständigen und überzeugenden Vorschlag auf den Tisch lege. Das sei auch ein Symbol dafür, dass man sich trotz der Probleme der Regierungen, auf internationaler Ebene Einigkeit zu erreichen, seiner gemeinsamen Interessen bewusst sei und dass die Parlamentarier sich in Europa dafür einsetzen.

Abg. Hans van Baalen (NL) bedankt sich wie seine Vorredner für die große Ehre, im Europaausschuss des Bundestages sprechen zu dürfen.

Zu Bedeutung des Konvents als Methode sagt er, die VVD als liberale Partei in den Niederlanden sei vom Erfolg des Konventes überzeugt und stehe hinter den Erfolgen, die bereits erzielt worden seien. Das bedeute, dass man auf jeden Fall den Termin Ende Juni anstreben und dann ein Dokument vorlegen müsse. Man wisse, dass der Entwurf in bestimmten Teilen noch nicht ganz gelungen sei und dass es noch bestimmte Reste gebe, die man vielleicht später behandeln müsse. Zwar hoffe man nicht, dass das passiere, aber diese offenen Fragen könnten auch noch auf der Regierungskonferenz besprochen werden. Die Hauptarbeit müsse aber auf jeden Fall in dem Konvent verrichtet werden.

Zum Inhalt der Verfassung wolle er gern auf einige Punkte eingehen. Der politisch wichtigste Punkt sei wahrscheinlich die Außen- und Sicherheitspolitik. Hier müsse man einander ernster nehmen. Es gehe hierbei nicht um ein institutionelles Problem, sondern darum, dass man verschiedene Einsichten und Auffassungen habe. Wenn man die Politik gegenüber dem Irak betrachte, stelle man fest, dass es, egal wie die europäische Außenpolitik strukturiert und gestaltet werde, darüber Uneinigkeiten gebe. Wenn man verschiedene Meinungen habe, sei diese Prozedur nicht besonders hilfreich. Auch wenn die Außenpolitik als gemeinschaftliche Politik festgelegt werde, müsse man einsehen, dass sich Großbritannien bei brisanten Themen wie z. B. Irak wahrscheinlich nicht überstimmen lassen werde. So wie es im Moment leider aussehe, werde die Gemeinschaftsmethode eher die kleinen Mitgliedstaaten binden, nicht aber die großen. Es sei deswegen sehr vernünftig, dass der Konvent versuche, hier Verbesserungen anzubringen. Wenn man sich aber hauptsächlich auf die Außenpolitik konzentriere, werde man zum jetzigen Zeitpunkt nicht viel erreichen können. Der Konvent müsse sich daher vor allem auf andere Gebiete konzentrieren, nämlich die Institutionen, die Charta der Grundrechte, Justiz und Innere Angelegenheiten usw.

Die liberale Partei der Niederlande trete für die Erhaltung eines Gleichgewichtes zwischen den Institutionen ein. Ein europäischer Außenminister sei deshalb vielleicht nicht so eine gute Idee. Auch ein neuer, gewählter Ratspräsident sei nicht das, was man brauche, selbst wenn er andere Befugnisse erhalte als der heutige Präsident. Aufgrund seiner Bezeichnung und Funktion werde der neue Ratspräsident sich auch den europäischen Außenminister unterordnen. Dies sei keine gute Lösung.

Wenn man zu der Schlussfolgerung komme, dass das Rotationssystem nicht mehr funktioniere, dann gebe es auch die Möglichkeit, einem vom Europäischen Parlament gewählten Kommissionspräsidenten den technischen Vorsitz im Europäischen Rat und den Fachräten anzuvertrauen.

Zur Charta der Grundrechte habe seine Partei immer die Auffassung vertreten, die Europäische Union solle die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnen. Es sei überfällig, sich darum zu bemühen, wie die divergierende Jurisprudenz zwischen Straßburg und Luxemburg aufgelöst werden könne. Man akzeptiere damit, dass diese Charta Teil der Verfassung der Europäischen Union werde.

Abschließend betont er, dass der Konvent ein Erfolg werden müsse. Die Beratungen im Konvent müssten zwischen den Mitgliedstaaten abgestimmt werden, so wie es zwischen Deutschland und den Niederlanden geschehen sei, denn man habe viele gemeinsame Interessen. Kritisch sei aber anzumerken, dass sich Deutschland im Vorfeld der letzten Gipfel und Vertragsrevisionen immer für die Gemeinschaftsmethode ausgesprochen habe, aber immer, wenn es darauf angekommen sei, schließlich die französische Methode akzeptiert und sich nicht gegen die Franzosen gewendet habe. Er hoffe, dass sich die Deutschen im Konvent weiterhin an der gemeinschaftlichen Methode orientierten.

Abg. Günter Gloser (SPD) begrüßt die Anwesenden im Namen der SPD-Fraktion. Man freue sich, dass es heute zu diesem Dialog komme.

Wenn Staatsminister Bury wie die spanischen Kollegen in ihrer Ratspräsidentschaft von „mehr Europa“ spreche, dann sage der Bundestag „Europa und mehr Parlament“. Es sei richtig, dass sich Regierungsvertreter trafen, genauso wichtig aber sei es, dass sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Dialog trafen. Wenn er das Memorandum der Benelux-Staaten und die niederländischen Positionen im Parlament lese, stelle er eine Vielzahl von Übereinstimmungen fest, auf die er nicht näher eingehen müsse. Einen Punkt wolle er jedoch noch einmal herausstellen: Staatsminister Bury habe zu Recht gesagt, man brauche keine neuen Institutionen, sondern effektive Institutionen. Daher danke er Herrn Timmermans dafür, dass er bei der letzten COSAC-Versammlung in Athen auch die Position des Deutschen Bundestages vertreten habe. Auch hier bestehe Einigkeit darüber, dass man neben den bereits bestehenden Institutionen keine neue Institutionen wolle.

Herr van Dijk habe einen wichtigen Punkt der Außen- und Sicherheitspolitik angesprochen: Trotz der aktuellen Krise, oder wie auch immer man die Situation bezeichnen möge, dürfe man die Außenpolitik der Europäischen Union der letzten Jahre nicht klein reden. Auch die in Kopenhagen beschlossene EU-Erweiterung sei ein Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik. Es gebe in diesen Tagen verschiedene Initiativen mit Mazedonien, seit dem Gipfel in Berlin auch eine gemeinsame Position zum Israelkonflikt und zur Mittelmeerpolitik. Natur-

lich habe er die Vorzüge herausgestellt und das Thema Irak sei ein trauriges Kapitel. Dennoch wolle er noch einmal in die Diskussion stellen, was der Kollege über die Unterschiede in Kultur und Geschichte gesagt habe. Für den Fall, dass man die gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik nicht auf einmal erreichen könne, gebe es in den Verträgen den Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit. Deshalb bitte er darum, in der Diskussion aufzugreifen, ob die verstärkte Zusammenarbeit die Gefahr schaffe, dass sich ein Exklusivclub bilde, oder ob man die verstärkte Zusammenarbeit auch als ein Element verstehe, dem sich in der Tat auch andere anschließen könnten.

Ein letzter Punkt sei die Beteiligung der Bürger an der Verfassungsdiskussion. Entgegen der ursprünglichen Hoffnung habe sich gezeigt, dass man oft sehr exklusiv über den Verfassungsprozess diskutiere. Deshalb sei seine Frage, welche Strategie das Parlament und die Regierung der Niederlande habe, um dieses Thema schon jetzt in die öffentliche Diskussion zu bringen und nicht erst, wenn es möglicherweise zu einem Referendum komme.

Abg. Thom de Graaf (NL), Sprecher der Fraktion D66, zeigt sich angenehm überrascht, sich in der Sitzordnung neben der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wieder zu finden. Gleichwohl sei seine Partei besonders und lasse sich nicht so einfach mit den deutschen Parteien vergleichen.

Zur Bedeutung des Konvents sagt er, dieser dürfe nicht als Vorläufer oder „Fingerübung“ für die wirklichen Verhandlungen in der Regierungskonferenz betrachtet werden. Der Konvent habe einen stärkeren Effekt als viele sich klarmachten. Vor allem in den Niederlanden sei man sich darüber im letzten Jahr noch nicht ganz klar gewesen. Der Einfluss der nationalen Parlamente sei doch in gewisser Weise auch beschränkt. Die Niederlande hätten zwei parlamentarische Vertreter und zwei Stellvertreter im Europäischen Konvent, die kein bindendes Mandat von ihrem Parlament bekommen hätten, sondern eine Art freies Mandat. Man habe sicherlich bemerkt, dass die beiden niederländischen Vertreter ihre eigenen Akzente setzten, die nicht von allen Fraktionen geteilt würden. Deshalb sei es interessant zu sehen, wie das niederländische Parlament Einfluss auf die Entstehung der europäischen Verfassung ausüben könne. Wenn es zu einer anschließenden Regierungskonferenz komme, so hoffe er, dass dort nur über die Fragen verhandelt werde, über die kein großer Konsens im Konvent bestanden habe. Man werde vom Parlament aus versuchen, so viel Einfluss wie möglich darauf auszuüben. Für alle Bürger der Europäischen Union sei es wichtig, dass sich sichtbare Veränderungen manifestierten, auch dann, wenn es um die europäische Vertretung der Bürger im Europäischen Parlament gehe.

Bei der Landwirtschaftspolitik und auch in anderen Bereichen sei es besonders wichtig, dass bestimmte Veränderungen stattfänden. Deshalb müsse man den europäischen Bürgern die Vorgänge innerhalb der EU erklären. Als Nettozahler müsse man auf jeden Fall dafür sorgen,

dass in Europa keine Verschwendung statt finde, da man sonst Erklärungsschwierigkeiten gegenüber den Bürgern habe. Was Deutschland und die Niederlande angehe, so hoffe er, dass man über alle Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Position finde, welche die Gemeinschaftsmethode und Mehrheitsentscheidungen in den Vordergrund stelle. In dieser Gemeinschaftsmethode müssten die Europäische Kommission und das Europäische Parlament eine sehr wichtige Rolle spielen. Man werde, was die Vorschläge Deutschlands und Frankreichs angehe, sehr kritisch mit der Rolle eines Vorsitzenden für längere Zeit für den Europäischen Rat umgehen. Durch einen permanenten Vorsitzenden bekomme der Rat im Vergleich zur Europäischen Kommission eine zu dominante Rolle. Er sei sich wie viele Niederländer darüber im Klaren, dass das Rotationssystem in einer größeren Union immer schwieriger werde. Das habe man in den letzten Jahren gesehen. Es sei natürlich vernünftig, dass man sich in den Niederlanden darüber Gedanken mache, welche weiteren Entwicklungen möglich seien. Trotzdem müsse ein Mittelweg gefunden werden, denn dieser permanente Vorsitz sei nicht das, was man anstrebe. Herr van Baalen habe dafür Gründe genannt und er glaube, dass ein Land wie die Niederlande sich vor allem darauf konzentrieren müsse, welche Zwischenlösungen möglich seien.

Zur Rolle der Kommission habe man offenbar schon einen gewissen Konsens erzielt: Der Vorsitzende der Europäischen Kommission solle vom Europäischen Parlament gewählt werden. Dadurch werde eine direktere Wahl durch die europäischen Bürger verwirklicht. Seine Fraktion würde dies sehr begrüßen, weil die direkte Beteiligung der Bürger ihrer Ansicht nach in Europa noch zu kurz komme.

In Bezug auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stimme er mit jedem überein, der sage, dass es im Moment nicht der richtige Zeitpunkt sei, dieses Thema zu besprechen, vor allem wenn man die Verhältnisse in Europa während der Irak-Krise betrachte. Dieser erste Schritt müsse aber irgendwann gemacht werden, sonst komme man in dieser Hinsicht nie zu Fortschritten. Deshalb sei es notwendig, die qualifizierte Mehrheitsentscheidung in der Außenpolitik zu verwirklichen. Manche Länder, auch die Regierungen, seien da noch etwas zu zurückhaltend.

Die Charta der Grundrechte sei sehr wichtig und dürfe nicht nur in ein Protokoll zum Vertrag, in ein Addendum oder etwas Ähnliches aufgenommen werden, sondern müsse ein Kernpunkt des Vertrages sein.

Es habe sich gezeigt, dass es schwierig sei, die sehr abstrakte Diskussion, die über die europäischen Einrichtungen und Verhältnisse geführt werde, den Bürgern klar zu machen und auch deren Interesse dafür zu gewinnen. Für die Erweiterung der Europäischen Union habe man die Bürger noch begeistern können, aber die Frage der Institutionen sei für die Bürger sehr abstrakt. Es sei ganz wichtig, dass auch in den Niederlanden ein Diskurs für dieses Thema geführt werde. Die einzige Art und Weise, die Bürger am Ende des Prozesses mit

einzu beziehen, sei eine Befragung der Bürger im Rahmen eines Referendums oder in Form von Wahlen.

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Stübgen um einige Worte zu dem Thema Subsidiarität. Dieses Thema sei in Deutschland aufgrund der Rolle der Bundesländer sehr bedeutend und man habe es auf Wunsch der niederländischen Kollegen auf die Tagesordnung gesetzt.

Abg. Michael Stübgen (CDU/CSU) bedankt sich beim Vorsitzenden und begrüßt im Namen der CDU/CSU-Fraktion die Möglichkeit, in diesem Rahmen mit den niederländischen Kollegen zu diskutieren. Es sei von besonderer Bedeutung, dass auch die europäischen Parlamente, insbesondere die Europaausschüsse, stärker die Zukunftsthemen Europas diskutierten, so wie dies bei den Regierungen schon längst der Fall sei. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass ein Konvent besser als die Regierungen in der Lage sei, diese schwierigen Abstimmungsprozesse herbeizuführen. Deshalb sei es Erfolg versprechend, wenn Parlamente und Europaausschüsse, die sich speziell mit diesem Thema befassten, stärker zusammenarbeiten.

Er wolle auf vier Themen eingehen. Erstens: Seit es den Europaausschuss des Deutschen Bundestages in dieser Konstellation gebe, sei es Tradition, in den wesentlichen europapolitischen Fragen, ob Amsterdamer Vertrag oder die Konventsarbeit, über die natürlichen Grenzen der Opposition und Koalition hinweg grundlegende Übereinstimmungen und gemeinsame Grundlinien zu vertreten. So habe man die Arbeit des Konvents von Anfang an nahezu einstimmig gefördert. Der Ausschuss befasse sich regelmäßig mit der Arbeit des Konventes und bringe auch die eigene Meinung in den Konvent ein, da zwei Mitglieder des Ausschusses Konventsmitglieder seien. Dies habe überwiegend hervorragend geklappt. In den wesentlichen Überzeugungen, die man für das Ergebnis des Konventes für notwendig halte, gebe es Übereinstimmungen, auch wenn man in manchen Einzelheiten noch verschiedene Auffassungen habe. Einig sei man sich über die Forderung nach einem klaren, einheitlichen Votum, was als Grundlage für den Europäischen Rat gelte.

Gerade beim derzeitigen Defizit sei es mit Blick auf den Abschluss der Konventsarbeit wichtig, sich intensiv mit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu beschäftigen. Für die zukünftige GASP seien in erster Linie zwei Instrumente von Bedeutung: Zum einen brauche man einen Europäischen Außenminister mit formellem Initiativrecht, mit Vorsitz im Rat für Außenbeziehungen, sowie einen europäischen diplomatischen Dienst als Unterbau. Zum anderen müsse man die qualifizierte Mehrheit in GASP-Angelegenheiten einführen. Darüber bestehe im wesentlichen Konsens.

In der Frage der Subsidiarität liege man nicht weit auseinander. Auch die nationalen Parlamente hätten die Möglichkeit, Verstöße sehr schnell zu ahnden. Man bitte um Unterstützung

dafür, dass mit dem Bundestag und dem Bundesrat beide Parlamentskammern der Bundesrepublik ein jeweils unabhängiges Rede- bzw. Klagerecht bekommen sollten, denn sonst bekomme man innerhalb der deutschen Verfassungsstruktur große Probleme. Er könne garantieren, dass Deutschland trotzdem nicht mehr klagen werde als andere Länder. Es sei nur wichtig, dass der Bundesrat diese Möglichkeit erhalte, da auch er in der Verfassung und seiner gesamten Struktur nach eine völlig eigene Verfassungskammer sei. Im Wesentlichen gebe es mit der Bundesregierung dabei keine Differenzen.

Die Wahl des künftigen Ratspräsidenten für längere Zeit sehe er wie ein Teil seiner Fraktion und einige holländische Kollegen kritisch. Dabei sehe man auf der einen Seite das Problem, dass das rotierende System so nicht mehr funktioniere. Auf der anderen Seite sei es aber wichtig, die Kommission zu stärken. Ein gewählter europäischer Ratspräsident, der nur dem Rat vorstehe, berge in sich die Gefahr, dass die Kommission geschwächt und die notwendige Stärkung des Kommissionspräsidenten überlagert werde. Man bekomme zwar eine gewählte Institution, laufe aber gleichzeitig Gefahr, dass es zu einer Überwölbung komme. Es sei ein generelles Problem der europäischen Politik der letzten Jahrzehnte gewesen, dass der Rat oft zu stark gegenüber der Kommission gewesen sei.

Volksabstimmungen seien bei solch entscheidenden Fragen der europäischen Politik nicht immer der richtige Weg. Der Europäische Verfassungsvertrag sowie die Grundrechtecharta müssten ratifiziert werden, wobei einige Mitgliedsländer auf Grund ihrer Verfassungsstruktur ein Referendum dazu machen müssten, andere jedoch nicht. Er selbst sei kein großer Freund dieser Referenda, denn es habe sich in den letzten Jahren gezeigt, dass ein negatives Votum lediglich dazu geführt habe, dass alle sehr entsetzt und sprachlos gewesen seien. Als Beispiele könnten das fehlgeschlagene irische Referendum oder das zunächst fehlgeschlagene dänische Referendum zum Maastrichter Vertrag angeführt werden. Diese Referenda seien dann mit dem Ziel wiederholt worden, dass doch zugestimmt werde und das Volk so abstimme wie es die Politiker wollten. Das bringe nach seiner Überzeugung nicht viel, deshalb sei es besser, jedes Land nach seiner eigenen Struktur entscheiden zu lassen. Zusätzlich halte er es für notwendig, den Verfassungsvertrag in dem Sinne zu gestalten, dass die Bürger ihn von sich aus mittragen, ohne darüber abstimmen zu müssen. Das erfordere aber auch mehr Zusammenarbeit der Parlamente.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Stübgen. Er habe beobachtet, dass viele der niederländischen Abgeordneten den eben erwähnten Punkten zustimmten. Er erteilt Herrn van der Staaij das Wort, dem Vertreter der Reformed Political Party (SGP) in den Niederlanden.

Abg. Kees van der Staaij (NL) bedankt sich bei dem Vorsitzenden für die Gelegenheit das Wort zu ergreifen, zumal seine Fraktion im niederländischen Parlament nur zwei von

insgesamt 150 Mitgliedern habe - eine Situation, die es in Deutschland wegen der Fünf-Prozent-Hürde nicht gebe.

Den Konvent betrachte man offenbar in verschiedenen Dimensionen. Es gehe nicht mehr um einen unverbindlichen „Think-Tank“, wie man in erster Instanz von vielen gehört habe, sondern um einen Konvent von zunehmendem politischen Gewicht. Deswegen wolle er auch auf die Konsequenzen hinweisen: Wenn der Konvent nicht nur ein „Think-Tank“ für die Regierungskonferenzen sei, sondern die Regierungskonferenz plötzlich umgekehrt nur noch der „Besenwagen“ für den Konvent werde, dann müsse man vorsichtig werden. Umstritten seien insbesondere die Garantien des Konventes für die Zusammensetzung und die Garantien für die Entscheidungsformung. Wenn man sich über einen Konsens im Konvent unterhalte, müsse man sich fragen, wie konkret dieser überhaupt sei. Man müsse des Weiteren hinterfragen, ob man diesen Konsens aufrecht erhalten könne, wenn es um die Entscheidungsfindung gehe.

Viele Abgeordnete würden die Grundrechtecharta als integralen Bestandteil der Europäischen Verfassung bevorzugen. Ihm falle dabei auf, dass immer davon ausgegangen werde, dass die Logik einer Verfassung dahinter stecke. Eine Verfassung habe jedoch auch ihre eigenen Grundrechte. Als Argument werde immer angeführt, dass der Bürger seine Grundrechte kennen wolle. Es sei jedoch die Frage, ob der Bürger überhaupt auf eine neue Formulierung seiner Grundrechte warte, da es bereits national anerkannte Grundrechte gebe. Auch in den Europäischen Menschenrechtskonvention und in der universellen Menschenrechtserklärung seien Grundrechte niedergelegt. Durch eine neue und zusätzliche Formulierung der Grundrechte, auf die man sich direkt berufen könne, ergäben sich auch neue Interpretationsfragen. Vielleicht wünsche sich der Bürger statt dessen zusätzliche Möglichkeiten, seine Rechte auch tatsächlich zu verwirklichen. So könnten zum Beispiel Bestimmungen über die Maschenweite von Fischernetzen dazu führen, dass Fischer ihre Existenzgrundlage verlieren würden. Das sei etwas, was die Bürger nicht verstehen könnten.

In Bezug auf die Verteilung der Befugnisse und die Subsidiarität begrüße er, dass die Subsidiarität mehr Gestalt annehme, und der Konvent darüber sehr intensiv diskutiere. Viele seien der Meinung, dass den nationalen Parlamenten eine wichtige Rolle zukomme. Im Konvent werde nicht von oben herab, sondern von unten herauf betrachtet und erwogen, ob bestimmte europäische Regeln überhaupt sinnvoll seien oder nicht. Er unterstütze diejenigen auf der deutschen Seite, die für eine genauere Kompetenzverteilung zwischen den europäischen Ländern und der Europäischen Union einträten. Er interessiere sich für die Meinung der deutschen Abgeordneten zu dem, was bereits im Konvent niedergelegt worden sei.

Der **Vorsitzende** kündigt zwei aufeinander folgende Wortmeldungen von deutscher Seite an und bittet dafür um Verständnis bei den niederländischen Kollegen.

Abg. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich, auch im Namen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für diese Gelegenheit der gemeinsamen Beratung. Sie sei der Meinung, dass gerade die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Europäern und Europäerinnen die Faszination ausmache, die man in Europa erlebe. Diese sei gerade auch für ihre Generation zur Selbstverständlichkeit geworden, weil sie oft in anderen europäischen Städten arbeiteten, lebten, studierten oder verreisten. Die Begegnung sei auch ein Mittel, die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zur europäischen Verfassung mitzunehmen. Dies führe zu einer stärkeren europäischen Integration.

Ihr sei jedoch klar, dass es nicht möglich sei, jedem Europäer die Möglichkeit zu geben, in andere europäische Länder zu reisen und dort Kontakte zu knüpfen. Um den Verfassungsvertrag publik zu machen und eine Diskussion darüber anzuregen, sei ein Referendum der richtige Weg. Ein Referendum würde die Legitimation der Verfassung erhöhen und eine europäische Identität stärken, insbesondere wenn man in ganz Europa an einem Tag über diese Verfassung abstimme und die europäischen Bürgerinnen und Bürger sich damit auseinandersetzen müssten.

Die Charta müsse ein elementarer Bestandteil der Verfassung werden. Am besten am Anfang des Dokumentes, weil die Grundrechtecharta auch eine emotionale Bindung an dieses überwiegend trockene Dokument ermögliche, das sich ansonsten nur mit Institutionen beschäftige.

Die momentane Situation in der Außenpolitik sehe sie nicht so negativ wie es von der Presse kommentiert werde - hier teile sie die Meinung des Kollegen Gloser. Wenn man die historische Dimension betrachte, werde deutlich, dass sich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik immer weiter entwickelt habe. Gerade in dieser und der letzten Woche habe die EU das Mandat für die Truppen in Mazedonien übernommen. Es sei ein wirklich epochaler Schritt, dass jetzt Soldaten mit europäischen Wappen für Frieden und Stabilität in Mazedonien sorgten. Man müsse aufpassen, dass die gegenwärtige Krise nicht wie ein Rückschlag für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wirke, sondern wie ein Schub in Richtung einer zukünftigen, wirklich gemeinsamen europäischen Außenpolitik.

Der Konvent könne nun einen weiteren Schritt hin zu einer stärkeren Stimme Europas in der Welt gehen. Der Konvent solle die Beschlussfassung im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit verankern und dafür sorgen, dass man in der Zukunft einen europäischen Außenminister habe, der zwischen Kommission und Rat angesiedelt sei. Er solle vor allem aber auch die Möglichkeit schaffen, dass dieser Außenminister auf einen wirklichen diplomatischen Dienst oder auf Mitarbeiter zurückgreifen könne, damit er überhaupt in der Lage sei, eine fundierte Position voran zu bringen. Sie sei davon überzeugt, dass man dann eine gemeinsame Außenpolitik und eine europäische Armee bekommen werde.

In Bezug auf einen festen Präsidenten des Rates könne sie die Bedenken der niederländischen Kollegen durchaus nachvollziehen. Sie könne einen festen Präsidenten jedoch akzeptieren, wenn sie sich vor Augen halte, dass der Konvent eigentlich nur einen weiteren Schritt hin zu einer stärkeren europäischen Integration gehen könne. Es komme jetzt darauf an, die Intergouvernementalisten mitzunehmen. Deshalb lege sie Wert darauf, dass im gleichen Zug das Europäische Parlament gestärkt und der Kommissionspräsident vom Parlament gewählt werde. Im Fazit sei sie immer noch optimistisch, dass es dem Konvent gelingen werde, bis Juni eine Verfassung vorzulegen, die für ein wirklich demokratisches, effizienteres und transparenteres Europa Sorge.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) begrüßt es sehr, sich mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem niederländischen Parlament beraten zu können. Wenn man sich als Parlamentarier nicht stärker vernetze und abstimme, hätten die nationalen Parlamente nicht das Gewicht, das ihnen bei der Gestaltung der Europäischen Union im Konvent zukomme. Deshalb habe die liberale Partei den Konvent als richtiges Instrument unterstützt. Die Parlamentarier hätten zwar zahlenmäßig die Mehrheit, aber wo die richtige Gestaltung stattfinde, sehe man an den vielen Initiativen zweier Länder, wobei nicht nur die deutsch-französischen Initiativen gemeint seien. Man müsse aufpassen, dass trotz zahlenmäßiger Mehrheit der nationalen Parlamentarier die eigentliche Macht nicht von den Regierungsvertretern ausgehe. Es gebe jetzt die Chance den Konvent zu nutzen, um die Kluft in Europa nicht größer werden zu lassen, sondern in Europa wieder stärker zusammenzufinden.

Jetzt sei es wichtig, dass nicht Initiativen zu neuen Debatten von außerhalb der Europäischen Union gestartet würden. Vielmehr müsse die Debatte innerhalb der Europäischen Union erfolgen. Man müsse die Entwicklungen sehr sorgfältig beobachten, denn jede Gesprächsinitiative müsse für alle offen sein. Es dürfe keine Exklusivität geben und schon der Eindruck einer Ausgrenzung sei zu vermeiden. Man wolle Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen, auch in der Justiz- und Innenpolitik, wo es, gerade in Deutschland, auch weh tue. Man habe in Deutschland mit den Innen- und Justizministern im Bundesrat noch harte Debatten vor sich. Im Europaausschuss sei man sich aber über die Notwendigkeit weitgehend einig.

In Bezug auf die deutsch-französische Initiative zur Doppelspitze wolle die FDP den gewählten Präsidenten der Kommission, aber keinen gewählten Präsidenten oder Vorsitzenden des Rates. Sie bevorzuge eine Kontinuität in Form eines längeren Vorsitizes im Rat, damit mehr Stabilität und Perspektive in die Beratungen komme. Der Rat dürfe auch nicht nur vorübergehend neben der Kommission aufgewertet werden. Man sehe die Doppelspitze sehr kritisch, weil man eine starke Kommission als Hüterin der Verträge und Motor der Europäischen Integration behalten wolle.

Für ein europaweites, verbindliches Referendum gebe es bisher noch keine rechtliche Grundlage. So könne man nur über nationale Referenden nach den jeweiligen Verfassungsordnungen reden. Diese Möglichkeit habe man in Deutschland im Moment nicht, dafür müsse man zunächst das Grundgesetz ändern. Von diesen verfassungsrechtlichen Gegebenheiten abgesehen, bevorzuge sie als Liberale eine Einbeziehung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wann, wenn nicht bei diesem Projekt, dem eigentlich wichtigsten Projekt einer Europäischen Verfassung, sollten die Bürgerinnen und Bürger denn befragt werden?

Abg. Godelieve van Heteren (NL) fragt sich, inwieweit auch die deutsche Kollegen an der weiteren Entwicklung eines Europas der Bürger interessiert seien. In informellen Gesprächen habe sie gehört, dass es auch in Deutschland sehr wichtig sei, Anregungen aus Bürgerinitiativen oder Diskussionen unter Bürgern heraus aufzugreifen.

Abg. Lousewies van der Laan (NL) bemerkt, dass in dieser Diskussion alle die selben Probleme und Fragen hätten. Alle engagierten sich, aber die Frage sei, was davon übrig bleibe. Man müsse dafür sorgen, dass die Stimmen der Parlamentarier letztendlich den Ausschlag geben und dass die Verfassung nicht aus den Gesprächen der Regierungsvertreter hervorgehe. Das gelte nicht nur für den Europäischen Konvent, sondern für jegliche Entscheidungsfindung. Man könne bei der demokratischen Kontrolle Europas viel ändern, aber dazu müsse man als Parlamentarier die Arbeit ganz anders gestalten, sich viel früher im Entscheidungsfindungsprozess mit der europäischen Entscheidungsfindung befassen, und nicht erst später in diesen Prozess eingreifen. Man dürfe sich nicht nur auf die Arbeiten des Konvents konzentrieren sondern müsse sich darüber bewusst sein, dass noch sehr viel Arbeit von den Parlamentariern verrichtet werden müsse. Dies sei sicher Neuland für viele nationale Parlamente, die sich bisher nicht so intensiv mit diesen Themen befasst hätten. Sie sei sicher, dass der Konvent am Ende eine gute Verfassung auf dem Tisch lege, die von der Bevölkerung genehmigt und so akzeptiert werde. Danach dürfe man aber nicht die Hände in den Schoß legen, denn dann beginne erst die eigentliche Arbeit.

Der **Vorsitzende** bemerkt, dass der soeben angesprochene Punkt die Frage aufwerfe, welche demokratischen Impulse und Kontrollen es in der künftigen Struktur Europas geben müsse. Die Hauptrolle habe das Europäische Parlament, aber auch die nationalen Parlamente würden neue Aufgaben bekommen. Dafür müsse man den europäischen Institutionen keine Aufgaben wegnehmen, sondern die eigenen Regierungen im Prozess der europäischen Willensbildung überzeugender kontrollieren. Es könne sehr wohl sein, dass das deutschen Parlament in den kommenden Jahren hierzu gemeinsame Initiativen mit dem niederländischen Parlament entwickeln müsse. Wenn es ein „Early-Warning-System“ geben werde, dann komme es unter

anderem darauf an, ob die Europaausschüsse der nationalen Parlamente präsent genug seien, im entscheidenden Augenblick einer möglichen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips gemeinsam, auch über Parteigrenzen hinweg, aktiv zu werden. Im Ausschuss sei man gelegentlich unzufrieden darüber, dass man viele Richtlinien der Europäischen Union zu einem Zeitpunkt zur Kenntnis nehme, in dem eine Einflussnahme praktisch nicht mehr möglich sei. Hier müssten die nationalen Parlamente und vor allem ihre Europaausschüsse interaktiv und gemeinsam zusätzliches Gewicht entwickeln.

Abg. Michael Roth (SPD) lenkt das Augenmerk auf das manchmal mangelnde Interesse der Bürger für Europa und die nur bedingte Europatauglichkeit der nationalen Parlamente. Es reiche nicht aus, wenn sich die Europapolitiker der jeweiligen Fraktionen zusammensetzten und für Fortschritte in Europa stritten. Man müsse auch die Kollegen in den einzelnen Arbeitsgruppen und Ausschüssen zu anderen Politikfeldern dazu gewinnen, Europa als Thema der Innenpolitik zu sehen. Europa sei nicht mehr ein klassisches Feld der Außenpolitik, um das sich die Außen- und Europapolitiker kümmern, Europa ziehe sich durch alle klassischen Felder der Politik. Innenpolitik, Justiz, Verbraucherschutz, Umwelt, Landwirtschaft - überall seien die Kolleginnen und Kollegen gefragt, und da verspüre er zum Teil Skepsis, ob das, was in Brüssel erdacht werde, auch den eigenen Interesse diene. Da müsse man gemeinsam noch eine ganze Menge Arbeit leisten. Dabei sei auch wichtig, den Kontakt zu den Bürgern und Initiativen zu halten. Der Konventsprozess sei dabei eine Chance, weil nicht mehr Regierungsvertreter und Diplomaten hinter verschlossenen Türen über die Zukunft Europas diskutierten und Verfassungen ausarbeiteten, sondern eben auch Volksvertreter beteiligt seien. Hier müsse man selbst aktiv werden. Er wisse, dass sich viele darum bemühten, mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen in Kontakt zu treten, um die beiden großen Fragen zu beantworten, die im Mittelpunkt der Konventsarbeiten stünden. Dies sei zum einen die Frage, wie man die Probleme angehe, die man nationalstaatlich nicht mehr lösen könne. Dies werde von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet und dazu brauche man mehr Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union, gleichzeitig aber auch mehr Demokratie. Ein zweiter Punkt, der ihm wichtig sei: Wie könne man der Globalisierung eine demokratische Antwort geben? Wo bleibe die Politik, wo bleibe demokratisch legitimiertes Handeln? Die Wirtschaft brauche keine starken Staaten, aber die Bürgerinnen und Bürger, die Umwelt und die Natur. Und da, wo Nationalstaaten eben nicht mehr handeln könnten, bräuchten sie die Europäische Union. Dies müsse man den Angstvollen immer wieder entgegenhalten und bestimmten Gruppen, die der Europäischen Union ablehnend und skeptisch begegneten. Hier habe man noch eine große Aufgabe vor sich. Er wünsche sich, dass über die deutsch-französische Initiative, die sicher wichtig und wesentlich sei, auch ergänzende und weitere Initiativen mit anderen Mitgliedstaaten hervorgingen. Es sei auch

eine deutsche Tradition, sich als starker Partner der kleineren Mitgliedstaaten zu verstehen, denn sie leisteten eine wichtige und wertvolle Arbeit. Man sehe an dem hohen Maß an Übereinstimmung, dass es wichtig sei, sich nicht nur auf einen Partner zu konzentrieren, sondern auch den anderen Partnern in der Europäischen Union Aufmerksamkeit entgegen zu bringen.

Der **Vorsitzende** betont, größere und kleinere Nationen müssten mit derjenigen Sensibilität miteinander umgehen, die der jeweiligen Rolle entspreche. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Großen sich einig seien und die Kleinen keine Rolle spielten, vielmehr müsse partnerschaftlich gearbeitet werden.

Abg. Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) betont zur Frage der Präsidentschaft, dass der deutsch-französische Vorschlag die Möglichkeit geboten habe, sehr unterschiedliche Positionen von Intergouvernementalisten auf der einen und Integrationisten auf der anderen Seite in einer Kompromissformel zusammenzuführen. Es sei sehr wichtig, dass die niederländischen Gäste erneut die Initiative ergriffen und auch darauf achteten, dass die Länder in diesem Modell einen Platz fänden, die sich über das bisherige Rotationsverfahren stärker eingebunden fühlten. Sie kenne aus vielen Gesprächen die Sorge der künftigen Mitgliedstaaten, nicht genügend sichtbar zu werden und nicht genügend Einfluss nehmen zu können, wenn man eine länger andauernde Ratspräsidentschaft habe. Deshalb plädiere sie für eine Weiterentwicklung des Modells, bestehend aus einem längere Zeit amtierenden Präsidenten und einem Element der Rotation der neuen Mitglieder.

In der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik es sei sehr wichtig, dass man die augenblicklichen Schwierigkeiten nicht als ein Scheitern begreife. Man stehe erst am Anfang einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die man noch nicht sehr weit entwickelt habe. Man dürfe nicht sagen, dass man erst eine gemeinsame Analyse brauche und dann erst eine gemeinsame Politik mit entsprechenden Strukturen machen könne. Man brauche die Strukturen, damit man motiviert werde und auch den Druck habe, zu dieser gemeinsamen Analyse zu kommen.

Zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stelle sich die Frage, ob der europäische Verfassungsvertrag nicht auch die Möglichkeit biete, hier die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubinden. Die negativen Erfahrungen mit Referenden zeige, dass man sich nicht genügend darum bemüht habe, in diesen Ländern für die europäische Sache zu werben, denn der schließlich erreichte Erfolg des irischen Referendums habe gezeigt, dass es auch anders möglich sei. Man müsse in Deutschland noch einmal ganz ernsthaft prüfen, ob man etwa so etwas wie ein konsultatives Referendum nutzen könne, um für diese Idee zu werben. In diesem Punkt sei der Diskussionsprozess noch im Gang. In der Tat gehe es darum, jetzt nicht

einen Schlusspunkt zu setzen, sondern einen kontinuierlichen Diskurs mit der Zivilgesellschaft und eben auch mit den Vertretern der Bevölkerung, den Abgeordneten zu führen. Als Abgeordneter dürfe man sich nicht auf eine defensive Kontrollfunktion und Überwachung des Subsidiaritätsprinzips beschränken, sondern müsse sich Mühe geben, durch eine rechtzeitige Einbindung einen europäischen Mehrwert zu erreichen, indem man mitgestalte, welche europäischen Initiativen dann auch inhaltlich weiter entwickelt würden.

Abg. Dr. Gerd Müller (CSD/CSU) knüpft an das vom Vorsitzenden Gesagte an: Gerade die großen Staaten müssten darauf bedacht sein, auch die vermeintlich kleineren Staaten mitzunehmen. Von Seiten der Opposition nehme man die Fehler der Bundesregierung – Stichwort Österreich – zum Anlass, zu betonen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfe. Die Legitimation der europäische Rechtssetzung vollziehe sich in erster Linie über die nationalen Parlamente, die Mitglieder des Europäischen Parlaments seien weiter weg vom Bürger, der zunächst "seinen" Bundestagsabgeordneten frage. Deshalb sei es nicht zuletzt das Anliegen der deutschen Bundesregierung gewesen, nach Nizza zu einer neuen Kompetenzabgrenzung für eine Union der 25 Mitgliedstaaten zu kommen. Man habe ein wenig Sorge, dass die Konventsväter dies zum Auftrag nähmen, neue Ausweitungen der Kompetenzen in Richtung Brüssel vorzunehmen. Man wolle aber eine Abgrenzung, denn Europa mache zum Beispiel in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Umweltpolitik mehr Wert. Bei 25 Mitgliedstaaten – heute habe Herr Steiner klar gesagt, auch Serbien, Mazedonien und Albanien würden Mitglied der Europäischen Union - müsse man die Frage stellen, wo es sinnvoll sei, einige Aufgaben von Brüssel wieder nach Den Haag oder Berlin zu verlagern. Beispielsweise in der regionalen Wirtschaftspolitik, in der Agrarpolitik, mache ein Stück weniger Regelungstiefe an bestimmten Stellen Sinn. Nicht nur Übertragung nach Brüssel, sondern auch ein Stück zurückholen, wo man selber entscheiden könne. Dies finde sich im derzeitigen Verfassungsentwurf nicht.

Zur Rolle der nationalen Parlamente bitte er die niederländischen Kollegen um Unterstützung nicht nur für das „Early-Warning-System“, sondern auch dafür, die Rolle der nationalen Parlamente durch ein Klagerecht beim EuGH gegen die Verletzung der Kompetenzordnung zu stärken. Die derzeitige Europäische Union nehme viele Rechte wahr, für die sie im Prinzip keine Ermächtigung habe. Dagegen müsse man klagen können. Ein weiteres Essential für nationale Parlamentarier sei zu entscheiden, wenn es zu weiteren Kompetenzverlagerungen von Den Haag nach Brüssel komme. Daher sei er gegen ein gemeinschaftsautonomes Vertragsänderungsverfahren, das den nationalen Parlamenten diese Kompetenz in Zukunft wegnehme. Wenn ein Kommissar also der Meinung sei, dass man in Zukunft bestimmte Dinge der Wasserpolitik der Niederlande in Brüssel regeln müsse, dann werde der Vertrag geändert, würden Zuständigkeiten verlagert, ohne dass man ein Vertragsänderungsverfahren

ratifizieren müsse. Gegen diese Idee müsse man sich als nationale Parlamentarier zusammenschließen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei den Anwesenden für die gemeinsame Aussprache. Er habe mit der Kollegin Dijkma den Eindruck gewonnen, dass es eine Fülle von gemeinsamen Richtungen gebe, beispielsweise bei der Forderung nach besseren Strukturen für die gemeinsame Außenpolitik und dem Europäischen Außenminister. Einigkeit gebe es sicher auch bei der Stärkung des Europäischen Parlaments und bei der wachsameren Wahrnehmung der Europapolitik durch die nationalen Parlamente, keineswegs defensiv gemeint, sondern sehr wohl auch offensiv. Bei dem Thema Subsidiarität habe man sich zwar nicht über alle Verästelungen unterhalten, es sei aber deutlich geworden, dass man kein zentralistisches „Super-europa“, sondern ein dezentral organisiertes Europa wolle. Die Stellungnahmen zum Thema Grundrechtecharta habe er als sehr erfreulich empfunden und den Eindruck gewonnen, dass man bei gutem Willen eine Lösung finden könne.

Bei der Frage der Kommissions- bzw. Ratspräsidenten gebe es noch Diskussionsbedarf. Beide Fragen hingen zusammen: Wenn man einerseits einen vollen Ratspräsidenten habe und andererseits einen Kommissionspräsidenten, dann werde der Einfluss des Parlaments auf die Wahl des Kommissionspräsidenten sehr groß sein. Wenn man nur einen Kommissionspräsidenten bekomme – das sagten auch Mitglieder des Parlaments aus allen Richtungen – dann werde der Einfluss des Europäischen Parlaments auf die Wahl dieser einen Person sicher deutlich begrenzter sein als er idealer Weise sein könne. Dieser Zusammenhang sei auch in die Diskussion aufgenommen worden.

An die Vorsitzende des niederländischen Ausschusses gewandt, betont der Vorsitzende, dass er die Sitzung als sehr ermutigende empfunden habe – auch weil so viele dazu beigetragen hätten – und als Aufforderung, dass man die Europaausschüsse beider Parlamente im kommenden Strukturkonzept einer europäischen Verfassung nutzen wolle und gelegentlich freundschaftlich zwischen den Niederlanden und Deutschland gemeinsame Initiativen ergreifen wolle. Er dankt den Anwendenden für ihr Kommen und überlässt der Vorsitzenden das Schlusswort.

Abg. Sharon Dijkma (NL) dankt Herrn Wissmann und stellt fest, dass es für sie in der Tat ein sehr besonderer Nachmittag gewesen sei, da Abgeordnete aus beiden Parlamenten und auch Regierungsvertreter gemeinsam um einen Tisch säßen und gemeinsam über die Zukunft Europas diskutiert hätten. Natürlich gebe es verschiedene Angelegenheiten, die die Länder noch in zwei Lager teilen, es gebe aber auch sehr viele Themen, über die man Einigkeit erreicht habe und das sei natürlich sehr ermutigend. Man habe auch festgestellt, dass der Einfluss der Parlamentarier auf die Dinge in Europa in den nationalen Parlamenten verstärkt

werden müsse. Die Parlamentarier dürften kein „Lamm“, sondern müssten ein „Löwe“ sein. Man sage dies so in den Niederlanden und es wäre schön, wenn man es schaffen würde. Über die Präsidentschaft gebe es in den Niederlanden in der Tat noch sehr viele kritische Töne, aber das hänge auch damit zusammen, wie die demokratische Legitimation sich gestaltet. Wenn bestimmte Dinge drohen, sei es wichtig, dass dieser Vorsitzende eine gewählte Position einnehme. Auch im niederländischen Parlament sehe man, dass Europa viel wichtiger werde als früher. Im Moment beschäftige man sich damit, die Arbeitsweise den neuen Gegebenheiten anzupassen. Interessant sei, dass im Europaausschuss des Bundestages auch deutsche Mitglieder des Europäischen Parlamentes als Beobachter säßen. Diese Regelung könne auch die Niederlande inspirieren, um die Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Im Moment versuche man in den Niederlanden, gemeinsame Sitzungen mit den Konventsvertretern der ersten Kammer des Parlaments, der zweiten Kammer und der niederländischen Regierung anzuberaumen. Ziel sei, die Regierung gemeinsam mit den verschiedenen Vertretern zur Verantwortung zu rufen über die Themen, die in den verschiedenen Gremien besprochen wurden. In diesem Punkt sei es auch für sie ganz wichtig, dass eine deutliche Rolle eingenommen werde.

Ihre Rolle als Vorsitzende sei vor allem, eine unabhängige Position einzunehmen, daher halte sie sich mit ihren eigenen Meinungen zurück. Ihr sei aber daran gelegen, sich bei allen Anwesenden für die gemeinsame Diskussion zu bedanken. Sie hoffe darauf, einmal eine möglichst große Delegation des Ausschusses in den Niederlanden begrüßen zu dürfen, um den begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich nochmals herzlich, wünscht den Gästen eine gute Reise und kündigt ein baldiges Wiedersehen in den Niederlanden an.

Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender